

... UND SONST

+++ Weiterhin keine Spur gibt es von dem in der Nacht zu Montag aus dem Maßregelvollzug geflohenen Häftling. Der 31-jährige Drogenabhängige hatte angegeben, unter akuten Schmerzen zu leiden, und wurde deshalb ins Bucher Helios-Klinikum gebracht, wo ein Komplize im Fluchtfahrzeug auf ihn wartete. Die stellvertretende CDU-Fraktionschefin Cornelia Seibeld forderte eine schnelle Aufklärung und monierte, es gebe im Maßregelvollzug ein Problem mit Handys – der Geflüchtete habe offensichtlich heimlich Kontakt zur Außenwelt gehabt +++ Eine Ausstellung über den Umbau des Berliner Zentrums in den vergangenen 170 Jahren ist ab Don-

nerstag im Ephraimipalais zu sehen. Unter dem Motto „Berlins vergessene Mitte – Stadtkern 1840–2010“ würden die „wesentlichen Phasen der Stadterneuerung“ auf dem Gebiet von Alt-Berlin und Alt-Cölln präsentiert, teilte das Berliner Stadtmuseum mit +++ Schwere Verletzungen durch einen Hundeangriff erlitt am Montag ein Neunjähriger im Ortsteil Wedding. Er hatte sich mit einem Freund unbeaufsichtigt in dessen Wohnung aufgehalten und wurde von dem Staffordshire-Mischling der Familie ins Gesicht und in die linke Hand gebissen. Die Polizei leitete gegen die Hundehalterin ein Ermittlungsverfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung ein +++

PROTEST GEGEN FLUGROUTEN WÄCHST Krach machen gegen Lärm

Die Angst vor Fluglärm treibt die Menschen auf die Straße: Am Montagabend demonstrierten nach Angaben der Veranstalter 3.000 Menschen in Lichtenrade gegen Pläne, Flugzeuge vom künftigen Flughafen BBI auch über den Berliner Süden zu leiten. Mit Trillerpfeifen und Holzkloppern machten sie auf die drohende Lärmbelastigung aufmerksam. Auch in Zehlendorf protestierten Bürgerinnen und Bürger, dort sollen es um die 350 Teilnehmer gewesen sein. Derweil erklärte am Dienstag die Fluggesellschaft Air Berlin, sie sehe noch „Bewegungsspielraum für alle Beteiligten“ in dem



Krach im Anflug Foto: ddp

Streit. Sie ließ aber keinen Zweifel daran, dass für sie der billigste – und damit kürzeste – Weg entscheidend sei: „Man kann nicht Riesenumwege und pausenlos zickzack fliegen“, sagte ein Sprecher. Wie die Fluggesellschaft ihren eigenen „Bewegungsspielraum“ definiert, ist somit unklar: Die wirtschaftlichsten Routen führen über Berliner und Brandenburger Orte. Der Präsident der Bundesvereinigung gegen Fluglärm machte den Bürgern daher wenig Hoffnung: „Die Fluggesellschaften werden einen Teufel tun und sagen: Wir fliegen um Berlin herum“, so Helmut Breidenbach. (dpa, taz)

... UND HEUTE

Krugman schenkt ein

Die Exzellenzen laden ein: Den Öffnungsvortrag der FU-Vorlesungsreihe „Offener Hörsaal“ im Wintersemester 2010/11 hält kein Geringerer als Paul Krugman. Der VWL-Professor aus Princeton und Nobelpreisträger spricht über „The Failure of Crisis Management“. Ab dem 28. Oktober heißt es dann jeden Donnerstagsabend: „American Dream? Die demokratische Gesellschaft in der Krise“. Ort: John-F.-Kennedy-Institut, Lansstr. 7–9. Zeit: 18.15 Uhr.

Das Wetter 9 Grad Spitze. Brrr.

WAS MACHT EIGENTLICH ...

... DIESES DENKZEICHEN?

Natürlich auf Hit-Hit-Hitler verweisen



Hitlers Kanzlei: Palais und Erweiterung, 1945 Foto: Bundesarchiv Bild 183-J31334

Es gibt Themen, die ziehen immer. Ungewöhnlich viele taz-LeserInnen haben sich an unserem kleinen Preisrätsel aus der gestrigen Ausgabe beteiligt. Woran erinnert unfreiwillig dieses Denkzeichen, das Sie auf dem Foto unten rechts noch mal sehen können?, wollten wir wissen. Vordergründig ist es das Werbebanner eines Supermarkts auf der anderen Straßenseite. Aber in Berlin, wo man kaum einen Meter gehen kann, ohne über historischen Boden zu latschen, geht ja nichts ohne Kontext. Und bei „Hit, Hit, Hit, Hit, Hit, Hit“ drängt sich die Antwort förmlich auf.

„Na, das kann ja wohl nur ein Hitler-Denkmal sein“, mutmaßte ein Anwalt. Ein Indiz, aber unpräzise. „Hitlerbunker“ hieß es in der allerersten Antwort, die uns ausgerechnet aus Senatskreisen erreichte. Das war nah dran, aber letztlich auch daneben. Der Bunker lag ein paar Meter weiter nordwestlich – wie man auf einer Infotafel an der Gertrud-Kolmar-Straße in Rufweite des Holocaustmahnmals nachlesen kann. Tatsächlich steht die „Hit Hit Hit“-Fahne in der Wilhelmstraße, an der Ecke zur Voßstraße. Und die korrekte Antwort lautet daher: Hit-Hit-Hitlers Reichskanzlei. Superkorrekt wäre „Palais Borsig“, das in einer um hier herum errichteten Kanzleierweiterung aufging, die zur Wilhelm-



Heute steht an der Wilhelm-Ecke Voßstraße die Hit-Fahne Foto: taz

Senat will mehr über HIV aufklären

Angesichts wieder zunehmender Ansteckungen mit dem HIV-Virus will der Senat die Aufklärung besonders in der Schwulenszene verbessern. „Die Infektionen sind gerade in Großstädten in den letzten Jahren wieder gestiegen“, sagte Gesundheitsministerin Katrin Lompscher (Linke) am Dienstag bei der Vorstellung eines Rahmenkonzepts zur Aids-Prävention. 440 neue Anste-

ckungen habe es 2009 gegeben, 70 Prozent davon bei homo- oder bisexuellen Männern. 2001 wurden nur 200 Neuinfektionen erfasst. „Die Prävention muss stärker auf Zielgruppen ausgerichtet sein“, so Lompscher. Nach Angaben der Gesundheitsverwaltung leben in Berlin rund 10.000 Menschen, die mit HIV infiziert sind. Bei rund 6.000 von ihnen ist Aids ausgebrochen. (dpa)

CDU findet das Bremspedal

VERKEHR BERUHIGT Der CDU-Politiker David Eckel hat nun doch nichts mehr gegen Tempo 30 vor Schulen. Eine Mitklägerin aber will weiterhin gegen das Land vor Gericht ziehen

VON KRISTINA PEZZEI

Nach dem öffentlichen Aufschrei ist der Zehlendorfer CDU-Bezirksparlamentarier David Eckel auf die Bremse getreten: Er zog seine Klage gegen das Land Berlin wegen zweier Tempo-30-Zonen vor Schulen zurück. „Ich habe gemerkt, dass eine sachliche Diskussion über Schulwegsicherung nicht möglich ist, sie wird rein emotional geführt“, erklärte der Politiker, der seiner Aussage nach als Privatmann klagte. Eine Mitklägerin indes will weiterhin vor Gericht ziehen, sie äußert sich nicht öffentlich. Ein für den heutigen Mittwoch angesetzter Verhandlungstermin wurde verschoben mit der Begründung, der Senat habe neue Unterlagen geschickt und die Klägerin müsse diese in Ruhe studieren können.

Konkret geht es um die Tempo-30-Abschnitte vor der John-F.-Kennedy-Schule am Teltower Damm und der Rudolf-Steiner-Schule an der Clayallee. Die Straßen sind Haupttrassen durch den Berliner Südwesten. Nach Ansicht Eckels und seines Anwalts Torsten Hippe ist die erzwungene Entschleunigung an den Stellen nicht gerechtfertigt, weil die Schulen entweder nicht direkt an der Straße liegen oder über einen Nebenweg zu erreichen sind. Hippe ist seinerseits CDU-Fraktionschef im Bezirk Steglitz-Zehlendorf.

Verkehrssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) hatte 2008 angeordnet, dass Autos vor allen Grundschulen höchstens 30 Kilometer pro Stunde fahren dürfen. Der Erlass beziehe sich „auf



Langsam wird der Zehlendorfer CDU klar, dass Tempo 30 vor Schulen nicht ganz abwegig ist Foto: Sämmer/Imago

die jüngsten zu schützenden Schüler“, sagte ihr Sprecher Mathias Gille am Dienstag. Zu der Klage wollte er sich unter Hinweis auf ein laufendes Verfahren nicht äußern. Er sagte lediglich, dass die Verwaltung es für absolut sinnvoll halte, dass Autos vor Schulen langsamer fahren müssen.

Hippe und seine Mandantin zweifeln an, dass Junge-Reyer befugt war, diesen Erlass zu erteilen. Ihrer Ansicht nach ist dafür das Bundesverkehrsministerium zuständig. „Kann man die Bürgerrechte einschränken auf Anordnung einer Senatorin hin?“, formulierte Hippe die Frage an die elfte Kammer des Ver-

„Die Debatte über Schulwege wird rein emotional geführt“

EKTLÄGER DAVID ECKEL (CDU)

waltungsgerichts. Letzteres hatte in der Terminankündigung geschrieben, Eckel und eine Köglerin würden sich „in ihren Grundrechten als Autofahrer verletzt“ sehen.

Politisch und öffentlich gab es dafür kein Verständnis. „Völliger Blödsinn“, bewertete die Zehlendorfer Grünen-Fraktionschefin Christa Markl-Vieto in der taz das Vorgehen von Eckel. Der ist pi-

kanterweise ihr Koalitionspartner – Stglitz-Zehlendorf ist der einzige schwarz-grün regierte Bezirk. „Er will nicht für Kinder bremsen“, teltelte der Boulevard.

Die Verkehrslenkung Berlin, für den fließenden Verkehr zuständig, äußerte sich sachlicher und erklärte, Tempo-30-Zonen seien sinnvoll. „Kinder bis 14 Jahre haben noch kein Gefühl für Geschwindigkeit“, so Behördenchef Jörg Lange. Der Senat richtete die Zonen vor Schulen vor zwei Jahren präventiv ein; im vergangenen August wurde so die gesamte Pallasstraße in Schöneberg zur Tempo-30-Zone. Demnächst will die Verkehrsverwaltung eine erste Bilanz ziehen.

Doppel-Rot-Rot für mehr Patientenrechte

BUNDES RAT Mit einer gemeinsamen Gesetzesinitiative wollen Berlin und Brandenburg die Kunden des Gesundheitswesens stärken. Es geht um bessere Information, aber auch um die Beteiligung in Gremien

Berlin und Brandenburg starteten eine gemeinsame Bundesratsinitiative für mehr Patientenrechte. Ziel sei ein entsprechendes Gesetz, um mehr Transparenz und Rechtssicherheit für Patienten sowie für medizinisches Personal zu schaffen, sagte Gesundheitsministerin Katrin Lompscher (Linkspartei) am Dienstag. Brandenburgs Gesundheitsministerin Anita Tack (Linkspartei) ergänzte, es gehe um „größtmögliche Patientensouveränität“. Dazu sollten die Rechte von Patienten erweitert und festgeschrieben werden. Beide Länder haben den Antrag „Entscheidung des Bundes-

rates über ein Gesetz zur Stärkung der Patientenrechte“ erarbeitet, der am Dienstag vom Berliner Senat und dem Brandenburger Kabinett beschlossen wurde. „Wir wollen mit unseren Patienten mehr Transparenz und Rechtssicherheit für die Patienten erreichen“, sagte Lompscher. Die Patienten sollten ihre Rechte besser wahrnehmen können. Damit würden langjährige Forderungen der Patientenverbände aufgegriffen. Nach dem Willen der beiden Länder sollen in dem Gesetz unter anderem die Rechte zur Aufklärung, Beratung und Information von Patienten während der

medizinischen Behandlung sowie mehr Transparenz während der Behandlung und eine bessere Dokumentation geregelt werden. Außerdem schlagen die Länder vor, die Position von Patienten in gerichtlichen und außergerichtlichen Verfahren bei Behandlungsfehlern zu stärken, die Patientenrechte von Patienten in wichtigen Gremien sowie die unabhängige Patientenberatung auszuweiten. Mehr Transparenz wird auch bei den individuellen Gesundheitsleistungen gefordert. Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Thomas

Isenberg, nannte die Senatsentscheidung einen „Meilenstein des Patienten- und Verbraucherschutzes im Gesundheitswesen“. Während die Bundesregierung mit neuen Zusatzbeiträgen, dem Einstieg in die Kopffaschale und der Behandlung auf Rechnung „Verbraucher und Patienten in die Tasche lange“, stellten sich Berlin und Brandenburg mit der Bundesratsinitiative auf die Seite der BürgerInnen. Isenberg betonte, Berlin sei schon heute Vorreiter beim Patientenschutz, weil es als einziges Bundesland das Amt der Patientenbeauftragten eingeführt habe. (dapt, taz)